

„Widerstand bedeutet Existenz“

Die palästinensische Linke und der Krieg gegen Gaza

Katja Hermann

Der wochenlange verheerende Krieg Israels gegen den Gazastreifen, der vor ein paar Tagen mit einem Waffenstillstand beendet wurde, hat in der palästinensischen Linken eine Diskussion über den bewaffneten Widerstand und die Rolle von Hamas ausgelöst. Weite Teile der Linken, wie der palästinensischen Bevölkerung insgesamt, unterstützen den Raketenbeschuss auf Israel als legitime Form des Widerstandes gegen die Besatzungsmacht, und verbinden dies mit der Anerkennung der führenden Rolle von Hamas. Die hoch emotionale Debatte wirft auch ein Licht auf den Zustand der Linken sowie auf den Umgang mit Meinungsvielfalt in Krisenzeiten. Der folgende Text schildert Beobachtungen innerhalb der palästinensischen Linken im Westjordanland, er basiert auf Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen während des Krieges.¹

Fragmentierung der palästinensischen Gebiete

Die palästinensischen Gebiete sind in hohem Maße fragmentiert, im Westjordanland durch die Einteilung des Landes in verschiedene Verwaltungszonen, durch die Sperranlage, durch Dutzende permanenter und temporärer Checkpoints, durch ein diffiziles System von Restriktionen und Privilegien, das bestimmt, wer sich wie wohin bewegen darf, und insbesondere, wer dies nicht darf. Ausflüge und Reisen sind mit Unsicherheit und Stress verbunden, was zur Folge hat, dass viele Menschen mittlerweile lieber am eigenen Ort bleiben. Das Verhältnis zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen ist ganz besonders von Separation und in mancher Hinsicht auch von Entfremdung gekennzeichnet.

Trotz der geringen räumlichen Entfernung – Ramallah im Westjordanland ist nur 80 Kilometer vom Gazastreifen entfernt – ist die Möglichkeit, eine Einreiseerlaubnis in den jeweils anderen Teil der palästinensischen Gebiete zu bekommen, stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere seit 2007, nachdem Hamas die Macht in Gaza übernommen und Israel den Küstenstreifen mit einer weitgehenden Blockade belegt hat. Wer nicht über familiäre oder berufliche Kontakte in den Gazastreifen verfügt, bekommt zumeist keine Einreiseerlaubnis, und selbst mit dieser Anbindung kann es lange dauern, bis man nach Gaza reisen darf, manchmal wartet man vergeblich. Viele Palästinenser_innen aus dem Westjordanland waren deshalb noch nie in Gaza oder wenn, dann ist das Jahre her. Das Verhältnis und die gegenseitige Wahrnehmung sind stark von Informationen und Kontakten geprägt, die über die (sozialen) Medien gespielt werden, aus Sicht von Ramallah mutet der Gazastreifen beinahe wie ein anderes Land an.

¹ Alle im Text gemachten Aussagen wurden anonymisiert.

In Zeiten israelischer Aggression gegen Gaza, die hiesige (palästinensische) Sprachregelung soll die Asymmetrie der Auseinandersetzung zum Ausdruck bringen, verändert sich dieses Verhältnis, so auch in diesem Sommer. Die Beziehungen zwischen den beiden Gebieten werden enger, die Kontakte zu Familie, Freunden und Bekannten intensiviert, das Miteinander, so gut wie möglich gestaltet über Telefon, Skype und Facebook, gewinnt an Nähe. In den Wochen des Krieges war Gaza das alles dominierende Thema im Westjordanland, und aus Respekt gegenüber einem Teil der eigenen Bevölkerung im Ausnahmezustand wurden viele Veranstaltungen abgesagt, Feierlichkeiten wie Musikfestivals oder Hochzeiten verschoben oder auf eher schlichte Weise durchgeführt.

Proteste im Westjordanland

Mit Beginn des Gaza-Krieges formiert sich im Westjordanland und in Ost-Jerusalem Widerstand gegen die israelische Aggression, weitgehend spontan organisiert und gewaltfrei: In den Städten sowie an den Checkpoints finden Demonstrationen statt, es gibt zahlreiche Solidaritätskampagnen und Hilfslieferungen von Kleidung, Geld, Arznei- und Lebensmitteln in den Gazastreifen. Doch vor allem ist es die interne palästinensische Boykottbewegung, die während des Krieges eine zuvor nicht gekannte Unterstützung erfährt. Supermärkte fahren den Verkauf israelischer Produkte herunter und rufen Produzent_innen und Konsument_innen gleichermaßen auf, auf palästinensische Produkte umzusteigen. Eines der größten Geschäfte in Ramallah, der Bravo-Supermarkt, schließt sich dem Boykott an. Im Westteil Jerusalems bleiben die großen Einkaufshäuser, zu anderen Zeiten gerne von Palästinenser_innen frequentiert, leer. Doch trotz der großen Unterstützung der Protestaktionen machen sich bei Aktivist_innen auch Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit breit. Den Menschen in Gaza nicht wirklich beiseite stehen zu können, führt zu Schuldgefühlen, wie ein Aktivist aus Ramallah erklärt: „Der Krieg gegen Gaza ist ein Schock für uns im Westjordanland. Auch wenn wir demonstrieren, fühlen wir uns irgendwie schuldig. Wir sind nicht in der Lage wirklich zu helfen, können nicht wirklich Druck ausüben. Gaza kämpft alleine.“

Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde

Im Rahmen der Oslo-Abkommen hat sich die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in den 1990er Jahren zu einer Sicherheitskoordination mit Israel verpflichtet. Der Schutz Israels, israelischer Soldat_innen und ihrer Infrastruktur sowie die Abstimmung von Aktionen des israelischen Militärs innerhalb der palästinensischen Gebiete zwischen Israel und der PA sind Teil dieser Koordination. Entsprechend widersprüchlich reagiert die PA auf die Protestaktionen gegen den Gaza-Krieg. Während sie einerseits versucht, die Proteste an den Checkpoints zu kontrollieren, lässt sie Demonstrationen innerhalb der palästinensischen Städte weitgehend freien Lauf. Auch Leute aus dem Umfeld der Fatah gehen auf die Straße. Während Präsident Mahmud Abbas die Proteste mit Worten unterstützt, macht seine Polizei Jagd auf Demonstrant_innen, Journalist_innen und Aktivist_innen, insbesondere wenn es darum geht, Konfrontationen mit israelischen Soldat_innen zu verhindern. Linke Aktivist_innen kritisieren die PA dafür, mehr den Schutz israelischer Soldat_innen im Blick zu haben, als Palästinenser_innen vor israelischer Aggression zu schützen. Für nicht wenige ist die PA mittlerweile zu einem Teil des Problems geworden, sie unterbindet den Widerstand gegen die Besatzungsmacht, ohne wirkliche Alternativen zur Beendigung der Besatzung bzw. der Gaza-Blockade anzubieten. Dies gilt umso mehr seit dem Scheitern der Kerry-Initiative im Frühling des Jahres, mit der auch die optimistischsten Palästinenser_innen ihre Hoffnung in Verhandlungen mit Israel verloren haben. Doch trotz aller Kritik an der PA und ihrem Präsidenten gibt es gegenwärtig im Westjordanland keine tatsächliche Bereitschaft, gegen die PA vorzugehen. Wie das Land so ist auch die Gesellschaft fragmentiert, die politischen Parteien und Bewegungen zu schwach, um alternative Szenarien zu entwickeln und umzusetzen. Auch eine erneute Intifada, in regelmäßigen Abständen heraufbeschworen, ist aus diesem Grunde derzeit unwahrscheinlich. Wirklich vorhersagen lässt sich das allerdings nicht: Als während des Gaza-Krieges Ende Juli Tausende Menschen in Ramallah demonstrierten und sich ein riesiger Demonstrationzug in Richtung Qalandiya-Checkpoint bewegte, waren es nicht wenige, die den Beginn einer dritten Intifada vermuteten.

Unterstützung des militanten Widerstandes

Aus Sicht der palästinensischen Linken legitimiert der Besatzungskontext das Recht auf Selbstverteidigung und Widerstand, was auch den militanten Widerstand gegen Israel als ein probates Mittel des Befreiungskampfes einschließt. Dabei wird der bewaffnete Kampf nicht als Selbstzweck oder als der einzig richtige Weg angesehen, sondern als eine Möglichkeit von vielen, die andere Formen des Widerstandes, beispielsweise den gewaltfreien Protest - gegen Mauer und Landenteignung oder Boykott - ergänzt. Der militante Widerstand stärke darüber hinaus andere Widerstandsformen, so die Aktivist_innen, niemals zuvor sei die palästinensische Boykottbewegung so stark gewesen und seit der 2. Intifada (2000 - 2005) hätten nicht mehr so viele Menschen an Demonstrationen teilgenommen wie während der diesjährigen Eskalation. Begründet wird die Unterstützung des Raketenbeschusses mit folgenden Argumenten: Mit der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung der Menschen nach dem Scheitern jahrelanger Verhandlungen, mit der andauernden und menschenverachtenden Blockade des Gazastreifens, mit der Fortsetzung kolonialer Politiken seitens Israels in Form von Landnahme, Siedlungsbau und Unterdrückung ungeachtet der Verletzung internationaler Rechtsstandards sowie der enormen Asymmetrie des israelisch-palästinensischen Verhältnisses, die, nicht zuletzt und ganz besonders schmerzhaft, ihren Ausdruck in dem Ungleichgewicht der Kampfhandlungen im Gazastreifen finde. Der massive israelische Schlag gegen das Westjordanland und Ost-Jerusalem im Nachgang der Entführung und Ermordung dreier israelischer Jugendlichen - mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zerstörungen von Häusern sowie wiederholten Einmärschen der israelischen Armee auch in palästinensische A-Gebiete, also Gebiete unter palästinensischer Hoheit - und schließlich die Ermordung eines palästinensischen Jugendlichen aus Jerusalem, hatte eine Situation geschaffen, die den Boden für eine weitere Eskalation ebnete.

Der militante Widerstand aus dem Gazastreifen wird als eine wirksame Methode angesehen, das Leiden der Palästinenser_innen unter israelischer Besatzung in das Bewusstsein der Menschen in Israel und auch der Weltöffentlichkeit zurückzubringen. Umfragen aus Israel und die

Wahlen im Jahr 2013 zeigen, dass die Besatzung der palästinensischen Gebiete in der israelischen Gesellschaft und Öffentlichkeit kaum noch ein Thema darstellt. Die Besatzung ist längst zu einer Normalität geworden, mit der Israel gut leben kann, solange sie weit weg ist von der Lebenswirklichkeit der allermeisten Menschen. Mit dem Raketenbeschuss israelischer Städte und Orte im Zentrum des Landes in diesem Sommer ändert sich diese Situation schlagartig. „Widerstand bedeutet Existenz“ ist häufig von Aktivist_innen zu hören - militanter Widerstand als Selbstvergewisserung, als Ausdruck des eigenen Daseins, auch eines gewissen Stolzes angesichts einer in jeder Hinsicht demütigenden Realität.

Kritische Stimmen

Es gibt jedoch auch palästinensische Linke, die die Raketen kritisieren, allerdings sind sie deutlich in der Minderheit. Auch für sie ist militanter Widerstand gegen Israel grundsätzlich ein legitimes Mittel, allerdings glauben sie, dass der fortgesetzte Raketenbeschuss dem Anliegen der Palästinenser_innen mehr schade als helfe, und dass er vielmehr dazu beitrage, die Zahl der Opfer im Gazastreifen weiter zu erhöhen: „Gaza ist ein Gefängnis, es gibt dort keine Schutzräume für die Menschen, von dort Raketen abzufeuern ist Selbstmord.“ Für die Kritiker_innen sind die Raketen vor allem ein Ausdruck der Verzweiflung, kein strategisches Mittel des Widerstandes. „Die Raketen sind legitim, aber sie werden den Menschen in Gaza nicht helfen. Sie sind Ausdruck der Verzweiflung. Sie sind die Ohrfeige, die eine vergewaltigte Frau ihrem Peiniger gibt“, kritisiert eine Aktivistin. Kritiker_innen sprechen sich für andere Ansätze des Widerstandes aus, die langfristig wirken und keine großen Opferzahlen mit sich bringen, wie z.B. der Boykott israelischer Produkte und andere Formen des gewaltfreien sowie des sogenannten diplomatischen Widerstandes. Sie fordern, dass die palästinensische Linke dabei eine stärkere Rolle spielen und aktiv alternative Protestformen gestalten müsse. Besonders kritisiert wird der Zynismus, mit der einige im Westjordanland über die hohen Opferzahlen in Gaza hinwegsehen, während sie selbst weit weg und vergleichsweise sicher sind. Wie lässt sich Widerstand legitimieren, der über Wochen hinweg zivile Opfer zumindest einkalkuliert, wohlwissend, dass Israel bei fortgesetztem Raketenbeschuss seine Aggression

gegen Gaza weiter fortsetzt? Mehr als 2100 Menschen sind getötet worden, davon sehr viele Kinder, zahlreiche Familien wurden ausgelöscht, Tausende verletzt sowie eine große Zahl Häuser und Infrastruktur zerstört. Ersten Einschätzungen zufolge wird der Wiederaufbau des Gazastreifens 15 bis 20 Jahre dauern. Rechtfertigt das Ziel die Mittel? Rechtfertigt es die Opfer? Was war das Ziel? Ist es erreicht worden? Welchen Sieg feierten die Palästinenser_innen in Gaza, in anderen Teilen Palästinas, und in den Flüchtlingslagern im Libanon, als sie vor einigen Tagen auf der Straße tanzten?

Es ist alles andere als einfach, solche Fragen zum jetzigen Zeitpunkt zu stellen. In Kriegszeiten rückt man zusammen, kritische Stimmen gelten da als wenig opportun. Menschen, die es dennoch wagen, geraten in den Verdacht, keine wahren Patriot_innen zu sein oder ihnen wird die Nähe zu Israel unterstellt. Üble Nachrede und Anfeindungen sind die Folge, mindestens. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, finden kritische Reflektionen deshalb nicht in der Öffentlichkeit statt, die allermeisten Medien, insbesondere die Satellitenprogramme möchten davon nichts wissen. Einzig die sozialen Medien und einige progressivere Zeitungen bieten gewisse Foren für alternative Sichtweisen. So warnen Vertreter_innen einiger linker Parteien wie beispielsweise die Palästinensische Volkspartei (PPP) vor der bedingungslosen Unterstützung des Raketenbeschusses, sie sprechen die Konsequenzen an und fordern die Stärkung anderer Widerstandsformen.

Palästinensische Linke und Hamas

Der bewaffnete Widerstand aus dem Gazastreifen wird von Hamas angeführt, was eine weitere Herausforderung für linke Politik in den palästinensischen Gebieten darstellt. Auch wenn richtig darauf hingewiesen wird, dass der Widerstand nicht allein auf Hamas reduziert werden kann und sich auch andere Akteure, wie z.B. die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) beteiligt haben, wird die formative und dominante Rolle von Hamas in der Linken durchaus anerkannt. „Wir müssen zwischen dem kleinen und dem großen Feind unterscheiden, und der große Feind ist Israel, nicht Hamas“, fasst ein NGO-

Mitarbeiter zusammen. Mit Erklärungen wie „Wir unterstützen nicht Hamas, wir unterstützen den Widerstand“, wird zwar versucht, eine gewisse Distanz zum politischen Gegner zu halten, das Spannungsverhältnis zwischen linkem Profil auf der einen und Unterstützung für eine von der islamistisch argumentierenden Hamas getragene Widerstandsbewegung auf der anderen Seite bleibt jedoch.

Insbesondere für Feminist_innen ist die Annäherung an Hamas in den eigenen Reihen schwer auszuhalten. Wie können Linke über den patriarchalen Gesellschaftsentwurf der Hamas hinwegsehen, der ein Frauenbild propagiert, das mit linken Verständnissen rein gar nichts zu tun hat? Aber auch unter Feminist_innen gibt es unterschiedliche Ansichten, auch hier sind über den Krieg und die Rolle von Hamas Freundschaften brüchig geworden. Im palästinensischen Kontext, wo sich politische Kräfte zunächst und vor allem über ihre Kapazität, Widerstand gegen Israel zu organisieren, legitimieren, hat der nationale Kampf Vorrang vor der ideologischen Auseinandersetzung, und sozial-politische Differenzen werden zur Seite geschoben. Für linke Parteien, von denen sich einige selbst lange Jahre über den bewaffneten Kampf konstituierten, ist die Annäherung an den militanten Widerstand und damit auch an Hamas, offenbar weniger ungewöhnlich als sich vermuten ließe. Derzeit finden sich nur wenige Stimmen, die Hamas öffentlich ihre Unterstützung versagen, im Gegenteil, alle linken Parteien bemühen sich darum, „Einheit“ zu demonstrieren. Jenseits der öffentlichen Verlautbarungen wird auch dieser Umstand etwas kritischer gesehen: „Alle Linken sind kritisch gegenüber Hamas, aber das Maß der Kritik ändert sich mit dem Ausmaß der Krise. Während der Eskalation nimmt die Kritik an Hamas ab, aber nach dem Krieg werden wir Hamas wieder genauso kritisieren wie vorher“, so ein Sozialwissenschaftler.

Nach dem Krieg

Diese Haltung gegenüber Hamas kann für linke Kräfte in Palästina problematisch werden - vor allem angesichts des wachsenden Zuspruchs für die Organisation. Während Hamas in den vergangenen Jahren stark an Einfluss verloren hatte, nicht zuletzt bedingt durch den Machtwechsel in Ägypten und die

Zerschlagung der Muslimbruderschaft, konnte die Organisation durch ihre führende Rolle im Widerstand insbesondere im Westjordanland sehr viel an Popularität dazugewinnen. Ob dies so bleibt, hängt vor allem von Gestaltung und Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens, den kommenden Verhandlungen in Kairo sowie den weiteren Entwicklungen im Gazastreifen ab.

Wie sich das derzeitige Standing von Hamas auf zukünftige Machtverhältnisse und auf die sozio-politische Wirklichkeit in den palästinensischen Gebieten auswirken wird, bleibt abzuwarten. Ebenso ist offen, wie linke Akteure sich nach dem Ende des Krieges gegenüber dem stärksten Player des Widerstandes verhalten werden, ein reines „Zurück auf Start“ wird kaum möglich sein.

Es mögen Krisenzeiten sein, die solche Schulterschlüsse in den Augen vieler notwendig und richtig erscheinen lassen, es ist aber auch und vor allem die Schwäche linker Akteure, die eine solche Anbindung erfordert, wollen sie nicht vollends in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Es ist einmal mehr an der Zeit, dass die Linke einen Weg findet, sich in der palästinensischen Gesellschaft als eine alternative Kraft zu profilieren. Nur so kann sie glaubwürdig sein, kann die Anziehungs- und Gestaltungskraft gewinnen, die es ihr ermöglicht, zukünftig eigene alternative Ansätze umzusetzen - im Widerstand gegen die israelische Besatzung und bei der Gestaltung der eigenen Gesellschaft.

Dr. Katja Hermann is Head of Office of Rosa Luxemburg Stiftung Regional Office Palestine

The Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) is one of the major institutions of political education in the Federal Republic of Germany. RLS serves as a forum for debate and critical thinking about political alternatives, as well as a research center for progressive social development. It is closely affiliated to the German Left Party (DIE LINKE). The Rosa Luxemburg Stiftung Regional Office Palestine has supported partners in Palestine since 2000, and established the Regional Office in Ramallah in 2008. Today, the office is in charge of project cooperation with partners in the West Bank, in East Jerusalem, and in the Gaza Strip as well as in Jordan.

PAL PAPERS is a collection of analyses and relevant viewpoints irregularly published by the Rosa Luxemburg Stiftung Regional Office Palestine. The content of PAL PAPERS is the sole responsibility of the author and can under no circumstances be regarded as reflecting the position of the Rosa Luxemburg Stiftung Regional Office Palestine.

Rosa Luxemburg Stiftung Regional Office Palestine
 Responsible: Dr. Katja Hermann
 Al-Wa'd Building, Muba'adeen Street,
 Al-Bireh / Ramallah, Palestine
 Phone: + 972 (2) 240 38 30/2
 Fax: + 972 (2) 240 39 80
 Email: info@rosaluxemburg.ps
www.rosaluxemburg.ps
<https://www.facebook.com/rlfpal>